



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 58. Ratssitzung vom 30. August 2023

2166. 2022/598

Interpellation der SVP-Fraktion vom 23.11.2022:

Nichtbewilligung des Gesuchs für ein Public Viewing anlässlich der Fussballweltmeisterschaft 2022, rechtliche Grundlage für die Begründung der Absage, Energieknappheit als Kriterium für den Bewilligungsprozess, Konsequenzen für andere bewilligte Veranstaltungen, Willkürverbot und Wirtschaftsfreiheit sowie Zurückhaltung von weiteren Bewilligungsgesuchen aufgrund hängiger Vorstösse

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1125 vom 19. April 2023).

Stephan Iten (SVP) nimmt Stellung: *Wir kommen zu einem weiteren Kapitel sozialistischer staatlicher Verbotskultur: nach Laubbläsern, Feuerwerken und Flugshows nun das Public Viewing. Alle vier Jahre findet die Fussballweltmeisterschaft statt und man kommt zusammen, um gemeinsam zu feiern. Der Stadtrat behauptete, das Interesse der Bevölkerung sei minim, weil es Winter und kalt sei. Worauf er diese Annahme stützte, weiss man nicht. Ein Privater wollte das Risiko auf sich nehmen und etwas organisieren, aber einmal mehr wurde ihm von der Stadt ein Bein gestellt. Die Durchführung wurde ihm mit fadenscheinigen Argumenten verwehrt: Das Gesuch sei angeblich zu spät eingereicht worden, aber den Gesuchstellern wurde dazumal gesagt, dass man erst nach dem Entscheid des Gemeinderats über das hängige Postulat (GR Nr. 2022/509) entscheiden könne. Es ist per se schon erstaunlich, dass ein Postulat berücksichtigt wird, bevor es behandelt wurde. Anschliessend wurde das Gesuch abgewiesen, weil «eine deutliche Mehrheit» des Gemeinderats das Postulat überwiesen habe – bei einem Abstimmungsergebnis von 64:42 Stimmen. Wenn man der Bevölkerung zuhörte und die Kommentarspalten las, wurde klar, dass eine deutliche Mehrheit nichts von dem Verbot hielt. Das stadträtliche Argument, dass wegen der Energiekrise keine Bewilligung vergeben würde, zieht nicht, denn der Weihnachtsmarkt und andere Public Viewings durften stattfinden. Der eine Ja, die anderen Nein, grad wie es dem Stadtrat respektive der eigenen Klientel passt. Hauptsache das Parlament konnte wieder einmal etwas verbieten und die Organisatoren sitzen auf ihren Kosten.*

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): *Der Stadtrat argumentiert mit der Energiekrise, will aber gleichzeitig überall Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen ersetzen. Es ist ein Irrsinn zu behaupten, dass wir mit ein paar Stunden Public Viewing eine Energiekrise hätten, während er stromfressende Wärmepumpen einbauen will. Unverständlich, dass der Stadtrat so unsinnig argumentiert und willkürlich entscheidet. Die Leute haben Vorbereitungen getroffen und Geld ausgegeben und werden dann ins Unglück gestürzt, weil die Bewilligung wegen ein paar Stimmen Unterschied im Gemeinderat entzogen wird. Das*



2 / 2

widerspricht Treu und Glauben. Es gibt viele Beispiele, wo sich der Stadtrat über übergeordnetes Recht hinwegsetzt, aber das geht im Bundes- und Rechtsstaat Schweiz nicht. Sie haben keine Achtung vor privatwirtschaftlichem Engagement. Die Leute müssen für ihr Geld arbeiten, das versteht der Stadtrat nicht, der gewohnt ist, Steuergelder auszugeben. Das zeigt, dass Sie nicht fähig sind, Ihr Amt würdevoll auszuführen.

Martina Zürcher (FDP): *Ich möchte zwei Punkte klarstellen. Ob eine Veranstaltung Publikumsinteresse weckt oder nicht, sollten nicht die 125 Gemeinderats- und 9 Stadtratsmitglieder entscheiden, sondern die 440 000 Zürcherinnen und Zürcher. Zweitens wurde das Gesuch gemäss Veranstaltungsrichtlinien zu spät eingereicht. Der Stadtrat hatte anscheinend nicht genug Rückgrat, um das Gesuch einfach abzulehnen – was legitim gewesen wäre. Stattdessen wartete er, bis der Gemeinderat darüber debattiert hat, ob der Staat Katar besser oder schlechter als Russland oder China ist, wo zuletzt ebenfalls grössere Sportveranstaltungen stattfanden. Etwas peinlich das Ganze.*

Samuel Balsiger (SVP): *Der Stadtrat schweigt wieder einmal im Angesicht von schweren Vorwürfen und Verfehlungen, um dann die gleichen Fehler zu wiederholen.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat